

Søren Bald, Peter la Cour, Steen Nepper Larsen (Redaktion):
Demokrati – 40 indlæg,
forlaget Krogerup Humlebæk 1996,
258 S.

Linke in Deutschland schauen immer wieder mit leuchtenden Augen auf das dänische Sozial- und Bildungswesen und die Erfolge mit der Basisdemokratie und im Umweltschutz. Sicher ist einiges verklärt durch das Bemühen, möglichst nah Alternativen zu sozialer Kälte und Politikverdrossenheit in Deutschland zu finden. Doch dieser Blick nach Norden lohnt durchaus, trotz Verklärung.

Zu den Errungenschaften, die tatsächlich genauer betrachtet werden sollten, gehören die Volkshochschulen. Das sind – im Unterschied zu deutschen Volkshochschulen – Internatsschulen, an denen sich Erwachsene in ziemlich allen, meist aber in sozial- und geisteswissenschaftlichen und äußerst selten in naturwissenschaftlichen, Fächern weiterbilden können. Und obwohl es keinen formellen Abschluß gibt, sind sie gut besucht. Stipendien und Staatszuschüsse ermöglichen die Teilnahme relativ unabhängig vom Geldbeutel. Besonders am Beispiel der Volkshochschulen wird deutlich, daß Dänemark es geschafft hat, eine Tradition wach zu halten, die Bildung als »Wert an sich« sieht und nicht der Frage unterordnet, ob es sich denn rechnet, einen Kurs an der Volkshochschule zu belegen.

Eine der renommiertesten Volkshochschulen, die Krogerup Højskole in Humlebæk, nördlich von Kopenhagen, wurde vor fünfzig Jahren gegründet. Aus diesem Anlaß erschien die Textsammlung »Demokrati – 40 Beiträge«.

»Demokrati ist ein unbedingter Positiv-Begriff geworden. Es gibt heute in Dänemark sehr wenige erklärte Antidemokraten.« Wenn Demokratie aber nicht zum Klischee oder zur hohlen Konvention werden sollte, so meinen die Herausgeber, gäbe es gute Gründe, über Demokratie zu reden. Und so stellen in den vierzig Beiträgen Politiker, Theologen, Journalisten, Hochschullehrer und sogar Wirtschaftsleute ihr Demokratieverständnis vor. Ausgangspunkt ist dabei das Buch »Was ist Demokratie?«, geschrieben 1946 von Krogerup-Gründer Hal Koch. Anstelle eines Vor-

worts enthält die Sammlung einen Auszug aus diesem, mittlerweile zum Klassiker gewordenen, Buch.

Die Botschaft lautet: »Demokratie ist das Gespräch«. Demokratie sei eine Lebensform, die angeeignet werden müsse und kein durchzuführendes System. Für Hal Koch war es daher absurd, vom »Sieg der demokratischen Mächte« zu sprechen. Als Antwort auf den gerade besiegten Faschismus war es für ihn durchaus demokratisch, politische Versammlungen mit mehr als fünfhundert Menschen zu verbieten. Überhaupt fand er Mehrheitsentscheidungen nicht notwendigerweise demokratisch, schließlich wurde Hitler ja auch gewählt. Damit sind solche Fragen wie die nach der Kompetenz der Mehrheit bzw. nach der Kompetenz der überstimmten Minderheit oder die Frage nach der Möglichkeit, partikuläre Interessen als allgemeine auszugeben, angesprochen. Ein aktueller Aspekt ist hier auch der vom Verhältnis zwischen Regierung und Opposition bei absoluter Mehrheit der Regierungsfraktion. Eine demokratische Gesellschaft muß sich dazu bekennen, daß alle Entscheidungen relativ sind, daher wird Interesse an der Gesamtheit und der Debatte gebraucht.

Dieses Interesse besteht zumindest bei den vierzig Autoren. In bester dänischer liberaler Tradition gehen die Auffassungen weit auseinander. Der Redakteur Seidenfaden wirft Koch vor, sich zu sehr mit anti-demokratischen Bestrebungen des 19. Jahrhunderts zu befassen und nicht mit den aktuellen, also Faschismus und Kommunismus, während der Historiker Ifversen Koch als anti-politischen Klassiker lobt. Der bürgerliche Ex-Unterrichtsminister Haarder posaunt: »Demokrati ist nicht das Gespräch« und reibt sich an der – effektive und nüchterne Entscheidungen behindernden – 68er-Diskussionskultur, schreibt aber auch über das »autoritäre Gespräch«, einen in Dänemark politisch brisanten Begriff. Der durch seine Dia-Reihe »American Pictures«, eine schockierende Darstellung der Armut der schwarzen Bevölkerung in den USA, bekannt gewordene Jacob Holdt schwärmt wie immer von Frieden und Liebe als Mittel gegen Haß und Gewalt und lehnt deshalb die Demonstrationen vor den Wohnhäusern alter und neuer Nazis ab, die 1994 immerhin zwei deutsche Nazis zur Rückkehr

nach Deutschland zwingen. Schließlich mahnt er, daß Demokratie ohne menschliche Wärme unweigerlich zu »Mehrheitsdiktatur« und »Ghettoisierung« führt. Der Artikel ist für Leute, die seine Dias nicht kennen, weniger eindrucksvoll, weswegen er sich doch besser auf seine Vorträge konzentrieren sollte.

Der wohl inhaltlich und sprachlich reizvollste Beitrag ist der von Jørgen Knudsen: »Das Gespräch und Die Große Maschine«. Nach einer Anekdote über diskussionsunerfahrene Moskauer Umweltschützer und der Feststellung, daß Kochs Vorschlag, Versammlungen mit mehr als fünfhundert Teilnehmern zu verbieten, zwar richtig, im Fernsehzeitalter aber zu pathetisch ist, benennt er als Ursache von Gleichgültigkeit jenes »System aus ökonomischer Rationalität, aus fortwährender Expansion in Produktion und Verbrauch, Investitionen, Marketing und Kauf, Entwicklung und Wachstum, das den gesamten Erdball umspannt, und welches wir alle, sowohl als Produzenten und Verbraucher als auch als Besitzer und als Arbeiter, als Steuerzahler und als Leistungsempfänger mit aufrechterhalten und genießen: Die Große Maschine.« (S. 57) Und diese Maschine duldet im Prinzip keinen Widerspruch, sie »zwingt uns alle unter ihre Macht; aber wir mögen das nicht«, denn: »Eigentlich« wollten wir lieber anders leben, anders handeln.« (S. 58) Denn weil »unsere Lebensweise auf lange Sicht eine Bedrohung für das Überleben der Erde ist, ist es gut, wenn die Schulkinder »umweltbewußt« werden, indem sie an einem bestimmten Tag viele Kilometer Strand vom Abfall befreien, und stört uns der ganze Abfall, den wir vor unser Haus stellen, ist es gut, einen Komposthaufen hinter dem Haus zu haben.« (S. 59) Für Knudsen gibt es ganze drei Antworten auf die Gesellschaft, deren fundamentale Spielregeln ein Widerspruch zu ebenso fundamentalen moralischen Vorstellungen sind, nämlich *die Kultur, den Wohlfahrtsstaat und die Demokratie*. Knudsens Schlußfolgerung aus all dem ist folgende: »Selbst wenn das Volk nicht länger Träger irgendeiner Wahrheit ist, so hätte es vermutlich rebellierte, wenn ihm ein System mit so offensichtlichen Gefahren für die Zukunft von einem Diktator aufgezwungen worden wäre. Jetzt ist die Untergrabung der natürlichen Grundlagen demokratisch legitimiert

und damit beinahe unangreifbar geworden. Vielleicht ist das der Grund, warum die westliche Form der Demokratie in einem Entwicklungsland nach dem anderen zumindest Zulauf gewinnt: Sie ist die gewandteste und billigste Herrschaftsform, die sich Die Große Maschine wünschen kann.« (S. 61f.)

In weiteren Beiträgen geht es unter anderem um die Rolle der Medien, die Aufarbeitung der deutschen Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg, auch die Feststellung eines Unternehmers, daß Demokratie »Wettbewerbskraft« schafft, fehlt nicht. Und schließlich wird natürlich völlig zu Recht auch der Beitrag der Volkshochschulen, insbesondere Krogerups, zur demokratischen Kultur gewürdigt.

Alles in allem präsentiert die Sammlung zwar keine herausragenden neuen Ansätze, gibt aber einen guten Überblick über aktuelle Debatten. Für Nicht-Dänen ist sie lesenswert (eine Übersetzung würde sich also lohnen, das Erlernen des Dänischen lohnt ohnehin), weil die Problematik aus einer für Deutsche ganz anderen Sicht dargestellt ist und diskutiert wird. Außerdem scheinen sich die Dänen die Zeit zu nehmen, über Themen zu reden, über die man hierzulande schon lange nicht mehr spricht. Trotzdem fällt auf, daß viele Autoren sehr stark auf den westlichen oder skandinavischen Demokratiebegriff fixiert sind. Dies mag zwar nicht unbedingt verkehrt sein, immerhin haben die skandinavischen Länder die Ideale der Aufklärung wohl am weitesten umgesetzt, worauf sie auch stolz sein können, dadurch gelingt es aber nicht, mögliche Alternativen (auch zur europäischen Aufklärung) ohne einen unerschwelligten Absolutheitsanspruch und eine gewisse Selbstgefälligkeit zu diskutieren. Dennoch sind die Herausgeber ihrem Anspruch, zur Diskussion und zum Nachdenken über Demokratie anzuregen, bestens gerecht geworden. Das Buch ist übrigens vorwiegend zum Gebrauch an Gymnasien und Hochschulen gedacht. Es ist also in gewisser Weise ein Schulbuch. Trotzdem kann Knudsen die »freiheitlich demokratische Grundordnung grundlegend in Frage stellen«. So etwas paßte in Deutschland eventuell ins Feuilleton, dürfte in deutschen Schulbüchern aber eher selten anzutreffen sein. Obwohl oder vielleicht gerade weil in Dänemark recht freizügig über einige Betriebsgeheimnisse

unseres Systems geplaudert wird, ist Dänemark wohl sozial, ökonomisch und politisch eines der stabilsten Länder der Welt. Auch mit Minderheitsregierung, »Wildwuchs von Sozialleistungen«, plebiszitären Elementen, Windrädern und Radfahrern.

MARKO HOFFMANN

Elena Poniatowska:
Tinissima – Der Lebensroman
der Tina Modotti,
Suhrkamp Verlag
Frankfurt am Main 1996,
480 S. (48,00 DM)

Zum richtigen Zeitpunkt kommt dieser umfangreiche Roman über das Leben der großen Fotografin und politischen Kämpferin Tina Modotti in die deutschen Buchläden.

Am 16. August diesen Jahres – oder war es der 17. – wäre Tina Modotti 100 Jahre alt geworden. Schon bei ihrer Geburt schleicht sich etwas mystisches in ihre Biographie. Die Kirchenbücher der norditalienischen Stadt Udine weisen den 16., das Standesamt den 17. August 1896 als Tag der Geburt von Assunta Adelaide Luigia Modotti aus. Und so boten viele weitere Punkte ihres Lebens immer wieder Grund zu Spekulationen. Der Tod ihres Lebensgefährten Julio Antonio Mella, der Grund ihrer Ausweisung aus Mexiko, ihre Rolle in Moskau, Frankreich und Spanien, ihr Verhältnis zu ihrem Landsmann Vittorio Vidali und nicht zuletzt ihr früher Tod mit 46 Jahren. All diese Dingen boten Stoff für Phantasiegeschichten, die sich gut vermarkten ließen.

Von dieser Art der Lebensbeschreibung hebt sich Elena Poniatowskas Roman in angenehmer Weise ab. Einfühlsam und mit einem hohen Wissen über Fakten und Dokumente schildert sie das wechselvolle Leben Tina Modottis. Der Roman beginnt mit der stärksten Zäsur in ihrem Leben, mit der Ermordung ihres Liebhabers, des politischen Emigranten Julio Antonio Mella, der 1929 von Agenten des kubanischen Diktators Machado auf offener Straße erschossen wird. Es folgen

schwere Zeiten für Tina: Hausarrest, tagelange Verhöre und eine Kampagne der Boulevardpresse gegen sie, letztendlich die Ausweisung aus Mexiko. In den folgenden Kapiteln wird dem Leser der Lebensweg Tina Modottis bis zu diesem Einschnitt näher gebracht. Ihr Leben und ihre Ehe mit Robo Richey, ihre kurze Episode in der Glitzerwelt Hollywoods, Erinnerungen an ihre Kindheit in Norditalien sowie ihre Begegnungen mit Literaten und Künstlern im Westen der USA, besonders die mit dem Fotografen Edward Weston. Man erlebt förmlich die Begeisterung nach, die Weston bei Tina Modotti für die Fotografie entfachen konnte. Die Zeit, die sie anschließend mit ihm in Mexiko verbringt, ist ausgefüllt mit Kontakten zu Künstlerkreisen, literarischen Zirkeln und politischen Gruppen. Detailliert und mit großer Akribie breitet Poniatowska diese Periode vor dem Leser aus. Diego Riviera, Frieda Kahlo, Lola und Manuel Alvarez Bravo, Gustavo Ortiz Hernán und natürlich Edward Weston, das sind nur die bekanntesten Personen, die der Leser aus der mexikanischen Zeit kennenlernt. Mit gleicher Genauigkeit und hohem Maß an zeitgeschichtlichem Hintergrundwissen baut der Roman auch die Kapitel über Modottis Leben in Berlin auf. Man erfährt von ihrer Begegnung mit der Fotografin und Galeristin Lotte Jacobi, von ihrem Kontakt mit Münzenbergs Agentur Union-Bild und von der für sie fremden Form des dort betriebenen Fotojournalismus. Weitere Kapitel sind der Moskauer Zeit und ihrer engagierten Arbeit für die Internationale Rote Hilfe (MOPR) gewidmet. Es folgt ihr Weg über Frankreich in den Spanischen Bürgerkrieg. In Spanien arbeitete Tina Modotti unter dem Decknamen Maria. Als Krankenschwester in einem Arbeiterkrankenhaus gerät sie in ihrer aufopferungsvollen Art an physische und psychische Grenzen. Auch in Spanien ist sie weiterhin für die Rote Hilfe tätig.

Dem historischen Wissen der Autorin ist es zu verdanken, daß weder ein verklärter noch antikommunistischer Blick auf die Zeit des Spanischen Bürgerkrieges vermittelt wird. Gleichberechtigt, als Fakten aus der Geschichte, wird der Kampf der POUM und der der Internationalen Brigaden, werden der Anarchist Durriti und die Pasionaria gewürdigt.

Die letzten Buchkapitel sind dem Leben Tina Modottis nach diesem Krieg reserviert. Unter falschem Namen, als spanische Lehrerin Carmen Ruiz Sánchez, reist sie im April 1939 über die USA in das Land ein, das sie 1930 ausgewiesen hatte. Still und zurückgezogen lebt sie bis zu ihrem frühen Tod – am 5. Januar 1942 – in Mexico City.

Tinissima ist ein Roman, der voller Spannung steckt, daß man ihn nicht enden lassen möchte, zumindest ist es mir beim Lesen so ergangen. Die einfühlsame und Anteilnehmende Art, die in den Fotografien Tina Modottis zu spüren ist – von denen Erwin Egon Kisch sagte, sie seien vollkommene Gemälde –, versteht die Autorin des Romans stimmungsvoll literarisch umzusetzen. Es entsteht eine Nähe zu Tina Modotti und dadurch eine mitreißende Lebensgeschichte dieser faszinierenden, außergewöhnlichen Frau. Die Mischung aus Fiktion und Biographie, aus historischen Fakten und Hintergrundinformationen, das Ganze aufgelockert durch Passagen aus persönlichen Briefen Tina Modottis und nicht zuletzt durch eine Reihe von Fotos von Edward Weston, Robert Capa und selbstverständlich vielen Modotti-Fotos macht das Buch zu einem gelungenen Werk.

Es bleibt nicht verborgen, daß die Autorin dieses Bandes eine zehnjährige intensive Forschungsarbeit über Tina Modotti betrieben hat, in Archiven und Nachlässen stöberte und in unermüdlicher Kleinarbeit Interviews mit wichtigen Zeitzeugen und Wegbegleitern Modottis führte. Die Liste mit Namen der Befragten füllt allein zwei Seiten im Anhang des Buches, die durch die Aufreihung der Sammlungen, Archive und Forschungsstellen ergänzt wird, in denen Poniatowska gearbeitet hat. Es ist ihr wirklich hoch anzuerkennen, daß sie all diese Details zu diesem lesenswerten Buch zusammengestellt hat. Zu danken ist in diesem Zusammenhang auch Christiane Barckhausen, selbst langjährige Modotti-Forscherin und -Biographin, die diesen 1992 in Mexiko erschienenen Roman übersetzt hat und so dem deutschen Leser zugänglich macht.

SIEGFRIED BRESLER

Mohsen Massarrat:
Endlichkeit der Natur und Überfluß
in der Marktökonomie.
Schritte zum Gleichgewicht,
Metropolis-Verlag Marburg 1993,
267 S.

Die Problematik der Erschöpfbarkeit von Ressourcen und das Phänomen sinkender Rohstoffpreise auf den Weltmärkten wurde schon von vielen Autoren behandelt. Massarrats Analyse ragt hier in einer Reihe von Punkten heraus, weil sie den Forschungsgegenstand historisch und allseitig logisch (d.h. auch »ökologisch«) betrachtet und – frei von vermeintlichen Sachzwängen – alternative Lösungsansätze anbietet. Darüber hinaus ist die Arbeit verständlich geschrieben und systematisch aufgebaut.

Massarrat beginnt zunächst mit den inzwischen weitläufig bekannten Ursachen für das Scheitern des osteuropäischen Staatssozialismus – »jahrzehntelang wurde dort von der ökonomischen und der ökologischen Substanz gezehrt. Das System war ökonomisch nicht dauerhaft, sein Anspruch auf soziale Gleichheit reichte für seine politische Legitimation nicht mehr aus und mußte unausweichlich an ökonomischen, ökologischen und letztlich auch an sozialen Herausforderungen der Gegenwart scheitern« (S. 11).

Doch für die westliche Marktökonomie in ihrer heutigen Struktur sind die Aussichten nicht besser. Viele ihrer faszinierenden Eigenschaften sind Resultat unglaublicher Verschwendung und Zukunftsblindheit. Seit Jahrzehnten werden die Weltmärkte mit erschöpfbaren natürlichen Ressourcen überschwemmt. Die Preise dieser nicht reproduzierbaren Güter sind trotz ihrer Eigenschaft der Erschöpfbarkeit nicht gestiegen sondern gesunken. Diese Erscheinung ist nach Massarrat das genaue Gegenteil von einem nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Der vermeintliche Überfluß an knappen Ressourcen ist zudem auch höchst ungleichmäßig verteilt. Ein Fünftel der Weltbevölkerung konsumiert den überaus größten Teil der natürlichen Ressourcen – 86 Prozent des Aluminiums, 81 Prozent des Papiers,

80 Prozent von Eisen und Stahl sowie 75 Prozent der kommerziell erzeugten Energie. Ein Großteil dieser Materialien stammt aus Entwicklungsländern. »Kraß formuliert kann gesagt werden, daß das reiche Fünftel der Weltbevölkerung im Norden nicht nur die künftigen Generationen ihrer Lebensgrundlage beraubt, sondern schon heute den armen vier Fünfteln der Weltbevölkerung ... buchstäblich die Lebensgrundlage unter den Füßen wegzieht und sie obendrein mit den Schadstoffen und dem Müll seines Konsums belastet. Die Marktökonomie im Norden gedeiht offensichtlich zu Lasten der Natur, der künftigen Generationen und der großen Mehrheit der Menschen in der Gegenwart.« (S. 12)

Massarrat bewertet die rasante ökonomische Entwicklung der Industrieländer unter ökologischem Aspekt. Dank der Revolutionierung des Transportwesens und geographisch-ökologischer Vorteile konnten die Früchte der Natur des gesamten Globus in die nördlichen Wachstumsinseln verfrachtet werden. Im Gegensatz zu der bei großen Teilen der Bevölkerung verbreiteten Auffassung geschah dies nicht nur durch Markteffizienz und als Folge der internationalen Arbeitsteilung, sondern zu einem beachtlichen Teil durch politische und militärische Intervention. »So verhinderten die Industrienationen eine den natürlichen Gegebenheiten angepaßte und nachhaltige ökonomische Entwicklung sowohl im Norden wie im Süden ... künstlicher Überfluß und politisch regulierte Dumpingpreise bei erschöpfbaren Ressourcen ermöglichten ... das ökonomische Wachstum auf wenigen Wohlstandsinseln...« (S. 12). D.h. auch die »erfolgreichen« marktökonomischen Modelle leben von der Substanz und verletzen – tiefgreifender und fundamentaler als die Planwirtschaften – die Gesetze nachhaltiger Entwicklung. Die globalen ökologischen und sozialen Folgen des marktökonomischen Systems dürften folglich für die Menschheit gravierender sein. Ein Scheitern der jetzigen Politik ist vorprogrammiert, die Perspektiven einer solchen Entwicklung liegen jedoch noch völlig im Dunkeln.

Ungeachtet dieser Bedrohung führt die Neoklassik den Wohlstand des Nordens weiterhin auf die hohe Effizienz der Marktökonomie und die Leistung der Marktteilnehmer

zurück. Sie bestreitet mehr oder weniger, daß dieser Wohlstand zu einem beträchtlichen Teil der übermäßigen Ausbeutung der Natur und der Zerstörung der Umwelt zuzurechnen ist. Die Natur ist als Produktionsfaktor aus ihrem Theoriengebäude weitgehend verbannt. Die neuerlichen Versuche der Neoklassik, die externen Produktionskosten in den Wirtschaftsprozess einzubeziehen, sind nach Massarrat zaghaft und ohne praktische Konsequenz. Setzen sich die Neoklassiker durch, wäre die Annahme berechtigt, daß sich Marktökonomie und nachhaltige Wirtschaft ausschließen.

Doch dem Marktprinzip ist nicht die ganze Misere ökologischer wie sozialer Verwerfungen anzulasten. »Vielmehr ist es die Verschmelzung des Marktes mit Macht, des Marktes mit Sonderinteressen von einflußreichen sozialen Gruppen, mit Interessen von Staaten« (S. 13), die als verhängnisvolle Allianz das Überleben der gesamten Menschheit beeinträchtigt. Daraus leitet Massarrat die prinzipielle Möglichkeit von Reformen ab, die das Ziel haben müssen, globale ökologische Katastrophen und soziale Explosionen noch rechtzeitig zu verhindern, wobei bei ihm der Festsetzung von Obergrenzen des Verzehrs an Ressourcen, der sozial gerechten Verteilung ihrer Nutzung und der Überwindung von Dumpingpreisen für natürliche Ressourcen eine Schlüsselrolle zukommt.

Für Massarrat ist bei der Analyse der Verbindung von Markt und Macht das Marxsche Theoriengebäude nach wie vor unverzichtbar. »Dessen Schwäche liegt allerdings darin begründet, dynamische Marktprozesse nicht beschreiben zu können. Die Neoklassik schließt dagegen historische und politisch-ökonomische Faktoren aus ihrer Betrachtung aus, verfügt jedoch über Instrumente und Erklärungsmuster, die die ökonomischen Prozesse in ihrer Dynamik erfassen und beschreiben können. Eine Verbindung zwischen Marx und Neoklassik durch Modernisierung des ersteren und Politisierung der letzteren ist daher naheliegend und auch notwendig...« (S. 14).

Teil eins des Buches ist der historisch-theoretischen Analyse gewidmet. Interessant ist hier vor allem die Evolution der Neoklassik, die bis zum Ende des 19. Jh. natürli-

chen Faktoren durchaus eine gewisse Knappheit zuerkannte. Das spätere periodische Auftreten von Überproduktion und die sinkenden Preise für Rohstoffe führten jedoch bald zur Verdrängung dieser Ansicht – trotz Erdölchock und wachsendem Umweltbewußtsein schienen natürliche Ressourcen jederzeit im notwendigen Umfang verfügbar zu sein.

Davon ausgehend setzt sich Massarrat mit traditionellen Erklärungsmustern für die niedrigen oder sinkenden Rohstoffpreise auseinander. Sowohl systemkritischen als auch neoklassischen Erklärungen mangle es an einer ganzheitlichen Analyse, die monetäre, physikalisch-stoffliche und physikalisch-thermodynamische Kategorien erfassen müsse. In diesem Zusammenhang ist für den Autor die weit verbreitete Auffassung, Marx hätte mit seiner Arbeitswerttheorie die ökologischen Fragen weitgehend ausgeblendet, nicht haltbar, wobei er insbesondere auf den dritten Band des »Kapital« Bezug nimmt und verdeutlicht, daß hier sehr wohl Fragen der besonderen Preisbildung bei erschöpfbaren und/oder monopolisierbaren Naturressourcen ausführlich behandelt sind.

Insgesamt geht es Massarrat jedoch weniger um die Fehler und Lücken ökonomischer Theorien als vielmehr um die (veränderbaren) Rahmenbedingungen von Marktwirtschaften. In einem historischen Exkurs arbeitet er deshalb ausführlich heraus, daß nicht nur die Mobilitätsrevolution zur Verbilligung von Agrarzeugnissen und Rohstoffen beitrug, sondern ebenso die untergeordnete Stellung des Südens in der kapitalistischen Weltwirtschaft unter Verletzung des Marktregimes (»Dualsystem«). Ohne dieses System und globale Dumpingpreise hätte es das fordistische Industrie- und Kommunikationssystem in seiner jetzigen expansiven Form nicht geben können. Erst mit ausreichenden und billigen Energieträgern und Rohstoffen wurde die preisgünstige Produktion von Massengütern überhaupt erst möglich. Massarrat bringt hier den ausführlichen Nachweis, daß es sich bei den heutigen Rohstoffpreisen nicht um wirkliche, alle Kostenfaktoren einschließende Marktpreise handelt, sondern um Dumpingpreise. Diese Preise sind auf rein betriebswirtschaftliche Kosten reduziert. Sie enthalten weder die Ressourcenkapitalkosten noch die (externen)

ökologischen »Kosten« (vgl. 38f.). Im zweiten Teil des Buches weist Massarrat schließlich nach, daß bei fossilen Energieträgern wie Erdöl die Weltmarktpreise tendenziell selbst unter die weltweit durchschnittlichen betriebswirtschaftlichen Kosten auf die jeweils regional günstigsten notwendigen Aufwendungen gedrückt werden, was sich vor allem der wachsenden Interessenverflechtung der Ölmonarchen über Kapitalanlagen mit den Konjunkturen westlicher Wirtschaften verdankt – die Profite aus Kapitalanlagen übersteigen längst die Gewinne aus dem Erdöl-Geschäft.

Was beim Öl besonders sichtbar wird, läßt sich auch bei der Preisbildung für viele andere Rohstoffe nachweisen. Die neoliberale These von Freihandel und vollkommenem Markt ist eine Fiktion. In Wirklichkeit befinden sich die Länder des Südens durch Monokulturen, Umweltzerstörung, Schuldenfalle und Protektionismus in einer außerordentlich unfreien weltwirtschaftlichen Position. Massarrat resümiert: »Sinkende Rohstoffpreise sorgen offensichtlich dafür, daß sich das ökonomische System – und damit der Norden – sowohl vom natürlichen System wie vom sozialen System – und damit vom Süden – abkoppelt und in der gefährlichen illusionären Vorstellung, sich beide Systeme unterwerfen zu können, jene gewaltige Spannung erzeugt, die sich in ungeahnten ökologischen und/oder sozialen Katastrophen entladen kann. Die gegenwärtigen Umweltkatastrophen ... sowie die Migrationsbewegungen von Süd nach Nord müssen als zunehmende Warnsignale des natürlichen bzw. des sozialen Systems gegenüber dem ökonomischen System interpretiert werden« (S. 38).

Wie könnte der Ausweg aus dieser fundamentalen Widerspruchskonstellation aussehen? Massarrat setzt sich mit den verschiedenen Ansätzen für Entwicklungsalternativen hinsichtlich Problemsicht und Lösungskapazität auseinander. Zur neoklassischen Schule, deren prominenteste Vertreter bis zur Behauptung von der völligen Ersetzbarkeit natürlicher Rohstoffe gehen, bemerkt er: »Die fehlende Distanz zur ökonomischen Realität, das fehlende Geschichtsbewußtsein und die Fixierung auf subjektiv definierbare Kategorien ... erklärt die »verblüffende« Erkennt-

nis, daß nicht erneuerbare Güter eigentlich nicht erschöpfbar sind und dagegen ausgerechnet die erneuerbaren zu knappen Gütern geworden sind«. (S. 106f.) Aber auch Strömungen, denen die Umwelt sehr am Herzen liegt, die sich aber nur mit ethisch-normativer Orientierung begnügen, können nicht viel Neues für ein anderes Verhältnis der Ökonomie zur Natur beitragen. Die sich teilweise an Keynes orientierende Strömung, die »wahre Preise« im Rahmen einer ökologischen Steuerreform fordert, wird von Massarrat wegen unzureichender Argumentation kritisiert. Es kann nicht nur darum gehen, außer den betriebswirtschaftlichen Kosten auch die volkswirtschaftlichen Reparatur- und Folgekosten zu erfassen. Weil die gegenwärtige Generation von der Substanz lebt, müssen die realen Kosten dieser Existenzweise als Faktor in die Preisbildung der verbrauchten Rohstoffe mit eingehen. Die damit entstehenden realen Rohstoffpreise könnten nach Massarrat einen grundlegenden Umbau des ökonomischen Systems erzwingen. Durch die Rückverlagerung des ökonomischen in das ökologische System würde das Zusammenrücken beider dauerhaft und ein gleichgewichtiges Gesamtsystem wäre wieder erreichbar.

Wird bei einer ökologischen Steuerreform jedoch die Fortexistenz des »Dualsystems« ausgeblendet, könnten sich einige nicht erwartete, unangenehme »Überraschungen« ergeben. Die Atomindustrie könnte von manchen Steuern profitieren und viele OPEC-Staaten würden verminderte Exporterlöse durch Überproduktion auszugleichen versuchen. Die Preise blieben niedrig und der überkommene Mechanismus intakt.

Letztlich bleibt nur übrig, den Rohstoff-/Energieträgerexporteuren des Südens erkennbare Vorteile zu gewähren. Die Festlegung von Obergrenzen für den Ressourcenverbrauch, eine weltweite Energiesteuer mit ökologischer Zweckbindung, eine Energiekonvention und eine UN-Energieaufsichtsbehörde, der Abbau preisverzerrender Subventionen, gezielte Finanz- und Technologietransfers in den Süden, Besteuerung der Differentialrente und öffentliche Kontrolle der strategischen Entwicklungsgebiete spielen für Massarrat eine wichtige Rolle. Sind die Rahmenbedingungen geklärt, so kann man

den Rest nach Massarrat getrost dem Markt überlassen.

Der Autor setzt dabei voraus, daß der Ausstieg aus der Atom-Energie politisch gewollt ist und regionale Initiativen (z.B. im EU-Rahmen) Alleingänge erzwingen. So sei ein deutscher Sonderweg, angesichts des hochentwickelten Wirtschaftspotentials durchaus möglich, kurzfristige Wettbewerbsnachteile können durch langfristige Vorteile infolge innovativer Prozesse wieder ausgeglichen werden.

Wie schnell sich vernünftige Ansichten durchsetzen können, ist heute nur schwer einschätzbar. Aber Veränderungen des Weltklimas und die Zunahme umweltbedingter Katastrophen und Krankheiten können die Stimmung für eine radikale Reformvariante entstehen lassen – vielleicht.

REINHARD GRIENIG

Herbert Brücker:
Privatisierung in Ostdeutschland.
Eine institutionen-ökonomische
Analyse,
Campus Verlag
Frankfurt/New York 1995,
419 S. (98,00 DM)

Zum 31.12.1994 wurde die Treuhandanstalt in Berlin aufgelöst. Ihre ordnungspolitische Aufgabe, die Privatisierung des Volkseigentums der DDR, hat sie weitestgehend erfüllt. Als Nebeneffekte sind allerdings die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, der Abbau von mehr als drei Millionen Arbeitsplätzen und ein Milliarden-Defizit in der Abschlußbilanz zu verzeichnen. Angesichts dieser Fakten ist keine konsensuelle Wertung der Tätigkeit der Treuhand möglich. Vielmehr wird dieses Thema nach wie vor kontrovers diskutiert, und – je nach Interessenlage und Position – unterschiedlich beurteilt. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß der Autor vorliegender Studie den Versuch unternommen hat, den gesamten Prozeß der Privatisierung unvoreingenommen zu analysieren und wissenschaft-

lich zu durchleuchten. Und zwar in bisher umfassendster Weise, sowohl was die theoretische Argumentation anbetrifft als auch im Hinblick auf die Empirie.

Brücker bedient sich dabei der theoretischen Grundlagen und des Instrumentariums der sogenannten Neuen Institutionenökonomie. Dieser Ansatz ermöglicht es ihm, die Eigentumsfrage gebührend, das heißt als zentrale Frage der Wirtschaftstheorie, zu behandeln. In der klassischen Politischen Ökonomie von Adam Smith bis Karl Marx stand der Eigentumsbegriff immer im Zentrum der ökonomischen Theorie. Dann aber, insbesondere seit Leon Walras, vollzog sich hier ein Bedeutungswandel zugunsten des Marktmechanismus. Mit der Neuen Institutionenökonomie erfährt die Eigentumsfrage gegenwärtig eine Aufwertung, »eine theoretische Renaissance« (S. 23), die sich der Autor zunutze macht.

Die Anlage der Studie folgt einem deduktiven Muster. Am Anfang steht die theoretische Begründung der Privatisierung. Dabei stützt sich der Autor auf zwei Aspekte, auf die notwendige Kohärenz der Marktwirtschaft und auf das Effizienzargument. In einem zweiten Schritt werden dann die Effizienz- und Verteilungseffekte verschiedener Privatisierungsverfahren analysiert. Drittens schließlich wird, sozusagen exemplarisch, die Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt in Ostdeutschland untersucht. Dieser Teil der Arbeit erstreckt sich auf mehr als die Hälfte des Buches und rechtfertigt den Titel.

Brücker behandelt nicht nur ein interessantes und aktuelles Thema. Er tut dies auch auf eine abwechslungsreiche und bemerkenswert gekonnte Art und Weise, so daß sich der anspruchsvolle Text, ausgenommen die Kapitel 4 und 12.2., die mathematische Kenntnisse erfordern, recht flüssig liest.

Sehr schlüssig wird im ersten Teil herausgearbeitet, daß die Privatisierung der »Durchsetzung einer harten Budgetrestriktion« als »Voraussetzung für die Kohärenz einer Marktwirtschaft« dient. Und daß zweitens »von der Privatisierung ... – sofern keine externen Effekte auftreten – Effizienzgewinne zu erwarten sind« (S. 79). Im Anschluß daran werden die Allokationseffekte der wichtigsten sechs Privatisierungsverfahren komparativ untersucht. Die Ergebnisse der Analyse blei-

ben jedoch verhältnismäßig abstrakt. Eine Verifikation anhand der Resultate unterschiedlicher Vorgehensweisen in einzelnen Transformationsländern erfolgt nicht.

Sodann wird der »beschränkte Bieterwettbewerb« als ein wesentlicher Mangel im Privatisierungsprozeß ausgemacht. Infolge beschränkter Kompetenzen und Vermögen der Bieter einerseits und wettbewerbsunterbindender Privatisierungsverfahren andererseits, erfolgte die Privatisierung faktisch unter Bedingungen, die dem Modell eines »bilateralen Monopols« entsprechen. Die Folge dieser Konstellation ist, daß alle Vorteile bei den Käufern und Investoren konzentriert sind und folglich die Nettoerträge der Privatisierung nicht dem Verkäufer, sondern dem Käufer zugute kommen. Dies erklärt dann zu einem Gutteil die defizitäre Abschlußbilanz der Treuhandanstalt und die Privatisierungsgewinne der Käufer!

Im fünften Kapitel verläßt der Autor die wirtschaftstheoretische Ebene und widmet sich den Verteilungs- und Wohlfahrtseffekten der Privatisierung sowie den damit verbundenen ethischen Problemen. Im Zentrum steht dabei die Frage nach den neuen Eigentümern in den Transformationsökonomien. Drei Gruppen kommen dafür in Betracht:

die frühere Nomenklatura, die Vertreter der sogenannten Schattenwirtschaft resp. »Mafia« und ausländische Investoren (S. 163). Egal, welche Privatisierungsmethoden angewendet werden: In jedem Falle erfolgt eine Umverteilung öffentlichen Vermögens zugunsten der besser Gestellten (S. 178). Während dies in Rußland, Tschechien, Polen usw. vor allem die ersten beiden Gruppen sind, partizipierten in Ostdeutschland zu 90 Prozent westdeutsche Unternehmen an der Privatisierung. Letztere geriet dadurch zu einem gigantischen Ost-West-Transfer. »Ethisch«, schreibt Brücker, »kann diese Umverteilung nur dann gerechtfertigt werden, wenn durch sie auch die Wohlfahrt der am schlechtesten Gestellten erhöht wird« (S. 178). Ob das auf Ostdeutschland – auch langfristig – zutrifft, bleibt abzuwarten.

Der Erfolg der Privatisierung hängt von den wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen ab. Diese wurden in Ostdeutschland mit der Währungs- und Wirtschaftsunion gesetzt. Im Unterschied zu den anderen Trans-

formationsländern existierte damit in Ostdeutschland von Anfang an eine stabile Währung. Die Kehrseite dessen war jedoch der Wegfall des Wechselkurspuffers und die sofortige Integration der ostdeutschen Wirtschaft in den westdeutschen Wirtschaftsraum, in die EU und in den Weltmarkt. Drittens wurde die ostdeutsche Währung durch den Umtauschsatz faktisch aufgewertet, während alle anderen Länder des ehemaligen RGW abgewertet haben. Viertens war der Exporteinbruch für Ostdeutschland besonders schmerzhaft. Fünftens war es nach der deutschen Vereinigung unvermeidbar, daß die Löhne stiegen und damit die Faktorkosten. Und sechstens schließlich wird die Systemtransformation durch hohe Transferzahlungen aus öffentlichen Mitteln gesamtdeutsch abgedeckt. In bisherigen Darstellungen werden diese Besonderheiten der ostdeutschen Transformation immer sehr unkritisch und positiv gewertet. Brücker betont dagegen ihre Zwiespältigkeit, indem er auch die negativen Konsequenzen aufzeigt. So war der wirtschaftliche Einbruch in keinem Land tiefer als in der Ex-DDR. Und nirgends nahm der Beschäftigungsabbau auch nur annähernd solche Dimensionen an wie in Ostdeutschland.

Besonders schwer wiegt in diesem Zusammenhang die weitestgehende Entwertung des ostdeutschen Kapitalstocks. Durch die schockartige Transformation der makroökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen und die bedingungslose Integration der ostdeutschen Wirtschaft in den Wirtschafts- und Währungsraum der BRD wurde das faktorspezifische, an bestimmte Verwendungsbedingungen gebundene Kapital der ostdeutschen Unternehmen weitgehend entwertet. Die Treuhandanstalt mußte folglich einen Kapitalstock privatisieren, »der unter den gegebenen Kosten- und Produktivitätsbedingungen obsolet geworden ist« (S. 198). Sehr aufschlußreich ist die Analyse der Transformation des Rechtssystems im siebenten Kapitel. Hier wird nachgewiesen, daß jede nur denkbare Möglichkeit genutzt wurde, um mit den Mitteln des Rechts den Marktpreis des ostdeutschen Produktionspotentials zu drücken und die Position westdeutscher Bieter und Alteigentümer zu stärken. So entbehrt

zum Beispiel die Entscheidung für die Naturalrestitution jeglicher ökonomischer Rationalität und Logik. Sie trug aber nicht unerheblich zu einer Wertsenkung und zur Verunsicherung der Investoren bei (S. 230).

Die Abschnitte über die Treuhandanstalt sind sehr sachlich gehalten. Ihr kritischer Charakter offenbart sich erst bei genauer Lektüre. So zeigt der Autor, daß es unmöglich ist, binnen vier Jahren 8.482 Betriebe (bzw. 14.000 Unternehmen nach erfolgter Aufspaltung der VEBs) und zahlreiche weitere Objekte in der Land- und Forstwirtschaft, im Bergbau usw. nach ökonomischen Gesichtspunkten zu privatisieren. Zwischen 1980 und 1987 wurden weltweit (!) nicht mehr als 1.000 Unternehmen privatisiert (S. 298). Dies zum Vergleich. Offensichtlich war in Ostdeutschland von vornherein kein wirklicher Verkauf vorgesehen, sondern ein Transfer, wie er dann ja auch stattfand.

Die objektive Seite dieses Prozesses ist in der mit der Währungsunion zwangsläufig verbundenen Entwertung des Kapitals zu sehen. Die subjektive Seite tangiert die Tätigkeit der Treuhandanstalt, ihre Geschäftspolitik. Brücker analysiert unter diesem Aspekt die extrem niedrigen Privatisierungserlöse der Treuhandanstalt (S. 330), die Verkaufspraktiken, die Interessenlage der Verkaufsagenten der Treuhandanstalt, wovon derzeit 180 unter Strafanzeige stehen (Berliner Zeitung vom 12. Februar 1996), die Zuwendungen der Treuhandanstalt an Investoren in zweistelliger Milliardenhöhe (S. 331) usw. Es spricht vieles dafür, daß die Treuhandanstalt »in vielen Fällen ihre Verhandlungsposition geschwächt hat und die Privatisierungsstrategie nicht effizient umgesetzt wurde«. Andererseits hat die Treuhandanstalt »den Käufern in Form von Preisnachlässen und negativen Verkaufspreisen« Subventionen gewährt für Beschäftigungs- und Investitionszusagen, deren Einhaltung kaum kontrolliert und nur in den seltensten Fällen durchgesetzt wird.

Alles in allem, so resümiert der Autor, hat die Treuhandanstalt ihren Privatisierungsauftrag erfüllt und damit zu einer Erhöhung der Produktionseffizienz beigetragen. Das dies »jedoch nicht zwingend mit der Erfüllung anderer wohlfahrtsökonomischer Ziele wie Vollbeschäftigung oder hohem

Wirtschaftswachstum verbunden« sein muß, belegen die Erfahrungen der ostdeutschen Transformation. Angesichts der makroökonomischen Folgen muß die positive Gesamtwertung der Privatisierung, zu der der Autor im Schlußkapitel neigt, in Frage gestellt werden. Hier wäre eine stärker problematisierende Sicht vielleicht zutreffender gewesen.

ULRICH BUSCH

Alister Sparks:
Morgen ist ein anderes Land.
Südafrikas geheime Revolution,
aus dem Englischen von
Malte Friedrich,
Berlin Verlag Berlin 1995,
350 S. (39,80 DM)

Alister Sparks, ein bekannter kritischer südafrikanischer Journalist hat ein Buch geschrieben, das für das Ende der DDR noch auszustehen scheint: die Geschichte der aktiven und schöpferischen Rolle der Geheimdienste und die Wahrheit von Verschwörungstheorien für sozialen und politischen Wandel. Gleichzeitig ist es ein Buch über die überragende Rolle von Persönlichkeiten in verfeindeten politischen Lagern geworden, die in einer Schlüsselstunde gemeinsame Wege in eine friedliche Zukunft zu gehen bereit waren. Und es ist ein Buch über die mögliche Wandelbarkeit von Herrschaftsstrategien in der veränderten, nun postsozialistischen Welt.

Natürlich ist der Bezug auf die DDR und die Rolle der Geheimdienste nur ironisch gemeint, denn trotz aller Bemühungen sind zwar marginale Wirkungen der Geheimdienste aus Ost und West im Umkreis des Herbstes '89 auszumachen, aber jene rühmliche Rolle, die S. für sein Land festschreibt, ist hier kaum nachvollziehbar. Dafür ist das Beispiel Südafrika aber für die Verhältnisse der DDR und des vereinten Deutschlands auch deshalb so brennend aktuell, weil es Fragen von Systemtransformation, Vergangenheitsbewältigung, vor allem aber Versöhnung bislang positiv beantwortet. Dabei ist es jedoch am Kap der Guten Hoffnung noch offen, ob diese

Zuversicht auf Versöhnung weiter trägt – oder aber, ob die Last der Vergangenheit durchschlägt und die Wunden neu aufgerissen werden.

S. zeichnet aus Sicht der politischen Akteure in Regierung, Geheimdiensten und ANC das knappe Jahrzehnt nach, das das Ende der Apartheid und den Triumph des ANC, den Sieg von »one man – one vote« brachte. Bis Ende der 80er Jahre waren alle Reformversprechungen der Weißen gleich dem »Ver-rücken der Liegestühle an Deck der Titanic« (S. 16). Da bescherte die Geschichte, »so bald nach Michail Gorbatschows Perestrojka, ein weiteres Reformwunder« (S. 21). Mit F.W. de Klerk hatte ein weißer Politiker an der Spitze der Nationalpartei Konsequenzen aus der veränderten Weltlage und der latenten inneren Krise gezogen, seinen politischen Ziehvater P.W. Botha gestürzt und einen Prozeß in die Wege geleitet, an dessen Ende er sich selbst aus der Macht herausverhandelt hatte.

Es war kein einseitiger Prozeß. Seit 1985 hatten Vertreter der Regierung und des Geheimdienstes diese Wandlungen vorbereitet. Sie erkannten, daß es ihnen nichts nutzte, mit N. Mandela den populärsten ANC-Führer gefangen zu halten. Deshalb suchten sie das Gespräch mit ihm, verbesserten seine Haftbedingungen, fuhren ihn schließlich heimlich durch's Land, um ihn auf seine Freilassung vorzubereiten. Anfänglich war das mit der Erwartung verbunden, über die Person Mandelas den ANC im Lande und im Exil gegeneinander auszuspielen, gar Mandela »umzudrehen«.

Das scheiterte aus zwei Gründen. Einmal erwies sich der innere Widerstand des ANC, von den Massen in den Townships getragen, als nicht zu stoppen. Andererseits ließ Mandela sich nicht brechen oder korrumpieren. Der einstige Befürworter des bewaffneten Kampfes erkannte selbst die neuen Zeichen und er fand in Teilen der weißen Führungsschicht Sympathie für eine friedliche Konfliktlösung, die mit dem Verlust der weißen Vorherrschaft einhergehen mußte.

Eine Szene läßt die neue Lage plastisch werden. Im Juli 1989 ist der damalige Präsident Botha endlich bereit, mit Mandela zu sprechen. Unter strengster Geheimhaltung – nicht zuletzt aus Furcht vor einem Anschlag

weißer Rechtsextremisten – kommt ein Treffen zustande. Im Vorzimmer kniet der Chef des Nationalen Geheimdienstes vor Mandela, um diesem die Schnürsenkel zu binden. Das Gespräch bleibt substantiell ergebnislos, aber der Bann ist gebrochen. Botha will allenfalls Scheinkonzessionen, wird aber schließlich von seinen politischen Freunden ausgeschaltet.

Was zunächst als Ein-Mann-Aktion Mandelas mit einem Verhandlungsspiel mit der Regierung begann, legitimiert im Endeffekt der ANC mit seiner Harare-Erklärung vom August 1989 und einem offiziellen Verhandlungsangebot. Dabei plagten den ANC Zweifel, sorgt Mandelas Geheimniskrämerei für Abstimmungsprobleme. Seine Beharrlichkeit und Prinzipienfestigkeit führten jedoch letzten Endes zum Erfolg.

Auf der anderen Seite entwickelt sich der ursprünglich konservative de Klerk zum Reformier, gibt unverzichtbare Positionen preis. Die erfolglose Aufstandsunterdrückung, die sich verschärfende Wirtschaftskrise, vor allem der Druck eines – wenn auch inkonsequenten – internationalen Wirtschaftsboykotts lassen den Präsidenten auch die Interessen der Wirtschaft überdenken. Und da ist – darauf weist S. immer wieder hin – der Einfluß der Perestrojka. Reformen sind machbar, der Kalte Krieg endet. Es ist die Zeit, da sich »das Sowjetreich aufzulösen (begannt) und damit die Phobie Pretorias beseitigte, der schwarze Befreiungskampf sei eine von Moskau dirigierte Verschwörung« (S. 143/144).

S. macht allerdings bei aller Analogie de Klerks zu Gorbatschow auf einen Punkt aufmerksam, an dem der Südafrikaner konsequenter agierte als der Mann im Kreml. »Er stand zu den Veränderungen, versuchte nicht, den Prozeß einzufrieren. Er kam zu der Erkenntnis, daß man ein unterdrückerisches System nicht reformieren kann: wenn man es lockert, muß man den ganzen Weg gehen. Es konnte keine Perestrojka geben, nur die Abschaffung. Er hat das akzeptiert, als es evident wurde. Sein eigener Wandlungsprozeß hat mit den Ereignissen Schritt gehalten, das hat ihn gerettet – und Südafrika.« (S. 155/156)

Das hinderte de Klerk allerdings nicht daran – hier bleibt S. in seiner Wertung verschwommener –, immer wieder über Wege zur »Tei-

lung der Macht« nachzudenken. Legale und noch mehr illegale Wege werden beschriftet, wobei rechtsextremistische faschistische Kräfte augenscheinlich ihren Part spielen durften. Wurde schon in der Vergangenheit M. Buthelezi und seine Inkatha zur Gegenkraft aufgebaut, so kam nach der Freilassung Mandelas und parallel zum Fortschreiten der Verhandlungen eine geheimdienstlich und militärisch abgesicherte »dritte Kraft« mit blutigem Terror zum Zuge. Nur der Konsequenz des ANC und Mandelas war es zu verdanken, in dieser Situation die Ruhe zu bewahren und die eigene politische Kraft voll in die Waagschale zu werfen. Nicht umsonst kokettierte der ANC mit der »Leipzig-Option« – und er hatte Kraft und Gegenmacht, die schwarzen Massen zu mobilisieren. Wobei allerdings auffällt, daß allein Politikgeschichte diese sozialgeschichtliche Dimension, dieses Agieren sozialer Bewegungen zu sehr unterbelichtet.

An einer Wand in einem Township von Port Elizabeth findet sich ein Graffiti »Die Straße der Zukunft ist immer im Bau« (S. 315). Noch ist Südafrikas Zukunft nicht entschieden, nach dem Fall der Rassenmauern treten die sozialen Mauern viel deutlicher hervor. Noch könnte das Land am Kap der Guten Hoffnung ein optimistisches Beispiel für eine erfolgreiche und progressive Transformation werden. S.s Optimismus für eine neue, große Nation sollte aufgehen. »Die Bauarbeiten sind nie zu Ende.« (S. 329)

STEFAN BOLLINGER

Susanne Miller:
 Sozialdemokratie als Lebenssinn.
 Aufsätze zur Geschichte und
 Gegenwart der SPD.
 Zum 80. Geburtstag hrsg. von
 Bernd Faulenbach,
 Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger
 Bonn 1995, 384 S.

Marlies Buchholz/ Bernd Rother:
 Der Parteivorstand der SPD im Exil.
 Protokolle der Sopade 1933-1940,
 Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger
 Bonn 1995, 571 S.

Der Band von (und für) S. Miller enthält ihre nach Geschichtsperioden geordneten Aufsätze aus den Jahren 1969-1994 (davon die Hälfte aus den achtziger Jahren), die ein breites Themenspektrum umfassen: die programmatischen Grundlagen der Sozialdemokratie, ihr Verhältnis zum Marxismus, zu anderen politisch-ideologischen Strömungen (Liberalismus, Antisemitismus), der Weg der SPD nach Godesberg; einige Aspekte der politischen Geschichte von SPD und SPÖ, besonders gegen Ende des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Zeit; Widerstand sozialistischer Exilgruppen gegen den Faschismus; einzelne sozialdemokratische Politiker, Oberbürgermeister, ParlamentarierInnen, WiderständlerInnen gegen Faschismus. Der Anhang enthält neben einer Würdigung durch Willy Brandt anlässlich S. Millers 70. Geburtstages die Aufzeichnung eines Gesprächs mit der Autorin 1986 über ihr politisches Engagement. Dieses verband sich seit Mitte der dreißiger Jahre mit dem Wirken des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) in London, einer vom Göttinger Philosophen Leonard Nelson begründeten Gruppe, die den ethischen Sozialismus vertrat, 1925 aus der SPD ausgeschlossen wurde, gegen Ende der Weimarer Republik sich um die Zusammenarbeit von SPD und KPD bemühte und nach 1933 intensiv und opferbereit in Deutschland und im englischen Exil den Nazis widerstand. Das Wirken dieser Gruppe hinterließ insofern eine sichtbare Spur in der Geschichte der

Nachkriegs-SPD, als ihr Mitglied Willi Eichler, seit 1946 wieder in Deutschland, die geistige Entwicklung der SPD von da an bis hin zum Godesberger Programm maßgebend geprägt hatte. Als dessen Lebensgefährtin und politisch aktive Sozialdemokratin hatte S. Miller diese Entwicklung engagiert begleitet. Seit Anfang der sechziger Jahre ist sie als Historikerin tätig. Zur Vereinbarkeit des politischen Engagements für eine Partei und »Objektivität als Historikerin« bekennt sie, daß »jeder, der... Geschichte erforscht und Geschichte darstellt, von einem bestimmten Standpunkt ausgeht«, und so erhebe auch sie nicht den Anspruch, daß das, was sie schreibe, objektiv sei; und trotzdem sei sie fähig, »die Geschichte dieser Partei ... kritisch zu sehen und kritisch darzustellen« (S. 371). Die hier vorgelegten Aufsätze belegen das.

Als ethische Sozialistin beleuchtet S. Miller kritisch die Marx-Rezeption in der deutschen Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts, vor allem deren historischen und anthropologischen Optimismus. Sie räumt aber auch ein, daß es Marx »zunächst um *den* Menschen, den einzelnen, jeden einzelnen, der in seiner Würde zu achten ist«, gegangen sei (S. 352). Es sei vor allem Bebel gewesen, der Sozialismus mit der Sozialisierung des Eigentums identifizierte (was »eine große, folgenschwere Verkennung der Natur des Menschen« war) und eine sozialistische Zukunftsvision ausmalte, die naturnotwendig kommen werde (S. 88/89, 85, 174, 356). Kautsky, der offizielle Marx-Interpret und Theoretiker (S. 43), hätte »nie den Einfluß erlangt, den er besaß, wäre er von Bebel nicht so gestützt worden« (S. 174). Die Entscheidung der SPD-Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 und die Politik der Parteimehrheit im Kriege hält sie für falsch, mag aber die Frage, ob diese damit bewußt Verrat geübt hätten, nicht uneingeschränkt bejahen, denn die Gründe seien vielfältiger gewesen (S. 41/42). Mehrfach verweist die Autorin auf die Wirkungen des Kalten Krieges auf Programm und Praxis der SPD nach 1945. Diesem sei z.B. der Ausschluß des Marxismus aus der Tradition der Arbeiterbewegung im Godesberger Programm geschuldet gewesen (S. 361). Die Anpassung der SPD an gegebene Stimmungen und Wünsche der Bevölkerung (und den

jeweiligen »Zeitgeist«?) wird von ihr als ein Wesenszug dieser Partei beschrieben. So z.B., wenn sie den Gründen dafür nachgeht, warum der antifaschistische Widerstand der Jahre 1933-1945 ebenso wie der nazistische Antisemitismus kein Thema in der SPD nach 1945 gewesen seien (S. 288-292, 347-349); oder wenn sie die Etappen hin zum Godesberger Programm beschreibt (S. 297 ff.). Mehrfach stellt sie fest, daß nach dem Ersten Weltkrieg die Programme in der SPD von der jeweiligen Parteimehrheit kaum diskutiert, in ihren wesentlichen Aussagen nicht rezipiert wurden, so auch das Godesberger Programm (S. 309, 314).

Auffallend in dem Band, daß mehrere Beiträge einzelnen sozialdemokratischen Politikern (z.B. Friedrich Ebert sen.) und Politikerinnen (darunter kaum bekannten, z.B. den Frauen des ISK) gewidmet sind. Dazu die Autorin in dem Gespräch von 1986: Sie sei »an Fragen der Theorie verhältnismäßig wenig interessiert«; es ginge ihr besonders um »Menschen, und ich bin auch der Meinung, daß eine Geschichtsschreibung, die auf Theorien und Strukturen das Hauptgewicht legt und darüber die lebendigen Menschen vergißt, ... auf die Dauer uninteressant wird« und ihre Wirkung auf ein breites Publikum verliert (S. 372).

Auch wer so manche These und Wertung der Autorin nicht zu teilen vermag (so u.a. ihre Gesamtwertung der Marxschen Theorie, ihre Aussagen über Lenin, die gängigen Urteilen folgen), sollte Positionen einer überzeugten ethischen Sozialistin, für die Sozialdemokratie in der Tat den Lebenssinn bedeutete und auch heute ausmacht, vorurteilslos zur Kenntnis nehmen und in das eigene Nachdenken über Geschichte, Gegenwart und Zukunft eines demokratischen Sozialismus einschließen.

Während S. Miller – nachträglich – als Zeitzeugin und Historikerin unter anderem auch zur Geschichte des sozialdemokratischen Exils der Jahre 1933-1945 einen Beitrag leistet, liegt mit den Sitzungsprotokollen der Sopade (so bezeichnete sich der im Mai 1933 emigrierte – hauptamtliche – Vorstand der SPD) ein Stück dokumentierter Geschichte dieses Exils von Juni 1933 bis März 1940 vor. Es handelt sich um 167 Dokumente, überwiegend

aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED (heute in der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin), z.T. auch aus dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, sowie weitere dreißig Dokumente aus Sekundärüberlieferungen. Insgesamt sind 170 Vorstandssitzungen zwischen 14. Juni 1933 und 6. Mai 1940 erfaßt und damit die organisierende und publizistische Tätigkeit der Sopade dokumentiert, die in dieser Zeit, bis Frühjahr 1938 von Prag, danach von Paris aus, über ein Netz von Grenzsekretariaten den sozialdemokratischen Widerstand in Deutschland unterstützte. In der Einleitung werten die beiden Bearbeiter die Dokumente inhaltlich aus, indem sie die Geschichte der Sopade 1933-1940 nachzeichnen, Aspekte ihrer Organisation (Finanzen, Apparat, Grenzarbeit, Publikationen) beschreiben, auf Debatten innerhalb des Gremiums eingehen und dabei bisherige Aussagen in der Historiographie (darunter der DDR) zum Thema korrigieren bzw. präzisieren. Von besonderem Interesse sind die Auskünfte über Widersprüche und Auseinandersetzungen in der Sopade selbst und mit verschiedenen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Widerstandsgruppen in bezug auf das Verhältnis zur KPD und zur Einheitsfront mit ihr, nicht zuletzt aufgrund der Vorschläge zur Zusammenarbeit mit Kommunisten, die aus Kreisen des sozialdemokratischen Widerstandes in Deutschland kamen.

ULLA PLENER

Hans-Joachim Krusch:
Irrweg oder Alternative?
Vereinigungsbestrebungen der
Arbeiterparteien 1945/46 und
gesellschaftspolitische Forderungen,
Pahl-Rugenstein Nachfolger
Bonn 1996,
272 S. (38,00 DM)

Zum 50. Jahrestag der Vereinigung von SPD und KPD, die im April 1946 von getrennten und dann einem gemeinsamen Parteitag in

Berlin für die sowjetische Besatzungszone beschlossen wurde, sind viele Veröffentlichungen erschienen. Zu ihnen gehören vor allem solche, die sich auf ehemalige und später verfaßte Aussagen von Zeitzeugen beziehen wie aber auch Wertungen, die mehr eine heutige Sicht widerspiegeln. Die Publikation von Hans-Joachim Krusch unterscheidet sich durch zwei, wie mir scheint, nicht unwesentliche Aspekte.

Erstens stützt sie sich ausschließlich auf Dokumente, Stellungnahmen und weitere Materialien, die bereits 1945/46 erschienen waren und damit damals die Diskussionen in den beiden Parteien beeinflussten. *Zweitens* enthält sie Materialien aus allen vier Besatzungszonen. Eben darin besteht der bleibende Wert der Veröffentlichung.

Es sind fast ausschließlich Stellungnahmen – sowohl der SPD wie der KPD als auch gemeinsame – von Vorständen der einzelnen Länder bzw. Bezirke. Reflektiert wird damit die »mittlere Ebene«, was um so höher zu bewerten ist, weil gerade ihr unter den konkreten Bedingungen des Wiederaufbaus beider Parteien in den verschiedenen Besatzungszonen eine besonders hohe Bedeutung und auch eine weitgehende Selbständigkeit in der politischen Meinungsbildung und auch im Handlungsspielraum, darunter zu Grundfragen aktueller wie künftiger Entwicklung, zukam.

Entgegen heute verbreiteter Deutungen und mehr aus späteren Entwicklungen gezogenen Schlußfolgerungen reflektieren die Dokumente eine beträchtliche Gemeinsamkeit in den Auffassungen. Sie waren in Ost- wie in Westdeutschland durchaus ähnlich. In Sachsen wie in Hessen, in Mecklenburg wie in Bayern oder Baden, in Berlin wie in Hamburg überwog eindeutig das Streben nach Aktionseinheit von SPD und KPD und auch eine Hinwendung zur organisatorischen Vereinigung.

Zwei Gründe waren maßgebend. *Erstens* die Erkenntnis, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung und der mitunter unversöhnliche Kampf zwischen KPD und SPD wesentlich zum Scheitern der Weimarer Republik, wie vorher schon zur Niederlage der Novemberrevolution, damit aber auch zur Machteroberung durch das Naziregime und deren verderblichen Folgen beigetragen hatten. *Zwei-*

tens, die damit verständlicherweise verbundene Schlußfolgerung, daß eine konsequente antifaschistische und demokratische Entwicklung wie auch späterhin ein erfolgreiches Ringen um einen sozialistischen Umbruch nur durch das Zusammengehen von SPD und KPD möglich sei. Natürlich waren unterschiedliche Bewertungen der Vergangenheit damit nicht überwunden, konnten es auch nicht sein. Auch die Vorstellungen von der unmittelbaren Zukunft, weiteren politischen Zielstellungen, Inhalten und Methoden der Parteiarbeit blieben oftmals ungeklärt, waren aber weder vordergründig in der Diskussion noch ein Hindernis für bestehende, ja überwiegende Gemeinsamkeiten.

Aus meiner Sicht ist die Publikation von Krusch deshalb für jeden Historiker wie auch über den heutigen Tag hinaus denkende Politiker, Publizisten oder einfach besorgte Menschen eine wertvolle Quelle, weil sie den Zeitgeist von 1945/46 authentisch reflektiert. Natürlich sind auch andere Erkenntnisse, insbesondere aus der weiteren Politik von SED wie SPD, ob in den folgenden Jahren nach 1946 oder in Jahrzehnten später, für eine Bewertung des Vereinigungsprozesses heranzuziehen. Doch den Zeitgeist, die Motivation für damalige Handlungen oder auch Unterlassungen, auch die ursprüngliche Sicht von Hunderttausenden Sozialdemokraten und Kommunisten in ganz Deutschland werden mehr aus Dokumenten sichtbar, wie sie der vorliegende Band enthält.

Besonders hervorzuheben ist dabei, daß dieser Vereinigungsprozeß in ganz Deutschland von zunächst sich weitgehend ähnlichen Stellungnahmen begleitet und getragen war. Schon dadurch wird eine gegenwärtig recht verbreitete Behauptung von einem ostdeutschen Sonderweg widerlegt. Zudem beweisen die Dokumente aus den verschiedensten Bezirken in Ost- und Westdeutschland, daß Aktionseinheit von SPD und KPD wie das Streben nach einer organisatorischen Einheit ein deutsches Projekt war. Nur vollzog es sich unter den Bedingungen des Besatzungsregimes daher nicht ungestört, blieb aber eine politische Aktivität, die primär aus Quellen der deutschen Geschichte und durch den Aufbruch in Nachkriegsdeutschland genährt wurde.

Ein Mangel der Publikation bleibt trotzdem, daß das Verhalten der Besatzungsmächte, die ja auf allen Gebieten uneingeschränkt die oberste Gewalt ausübten, nicht genügend berücksichtigt wird. Ich meine nicht Geheimdokumente, die erst heute und auch nur spärlich aufgespürt werden, auch nicht schriftliche oder mündliche Überlieferungen, die zu einem anderen Zeitpunkt entstanden und immer den Stempel späterer politischer Auseinandersetzungen trugen. Masseneinfluß hatten dagegen 1945/46 Artikel, Kommentare wie auch Berichterstattungen in den Zeitungen der Besatzungsbehörden, auch Rundfunksendungen. Sie bewiesen, daß die Besatzungsbehörden recht unterschiedlich den Vereinigungsprozeß einschätzten und auch begleiteten. Die sowjetische Besatzungsmacht machte seit Ende 1945 aus ihrer aktiven Förderung der organisatorischen Vereinigung von SPD und KPD keinen Hehl, während die westlichen Besatzungsmächte, ganz besonders auch die britische (obwohl oder auch gerade weil in London die Labour Party die Regierung gebildet hatte), ihre definitive negative Haltung zweifelsfrei zum Ausdruck brachten.

Eine historisch entstandene Spaltung aufrechtzuerhalten oder auch weiterhin zu erzwingen ist sicher leichter, als Hunderttausende in eine neue Partei zu pressen.

Schon deshalb sollten seriöse Historiker den Begriff »Zwangsvereinigung« nicht strapazieren. Der von Krusch vorgelegte Band beweist aber auch, daß es bis zum Spätherbst in ganz Deutschland einen starken Wunsch zum politischen Zusammengehen wie zu einer organisatorischen Vereinigung von SPD und KPD gab. Erst nachdem sich in den drei Westzonen zentrale Parteileitungen etablieren konnten, lief die Entwicklung auseinander. Zum wichtigsten Punkt der Auseinandersetzung wurde die Frage, ob man mit der Überwindung der Spaltung so lange warten sollte, bis die Besatzungsbehörden die Bildung von gesamtdeutschen Parteileitungen (damals sprach man oft von »Reichsleitungen«) zuließen.

Eine Befragung der Mitglieder in Form einer Urabstimmung gab es nur Berlin, nicht aber in den eigentlichen vier Besatzungszonen. Die Berliner Ergebnisse sind bekannt, zeigten aber letztlich nur, daß ein großer Teil

der Berliner Sozialdemokraten einen Zusammenschluß erst zu einem späteren Zeitpunkt anstrebte, um dann in ganz Deutschland eine einheitliche Entwicklung zu ermöglichen. Gegen eine Aktionseinheit von SPD und KPD votierte nur eine verschwindende Minderheit von 14 Prozent. Die Publikation von Krusch gibt also viele Einblicke in die damalige konkrete historische Situation, vor allem die gemeinsamen und unterschiedlichen Vorstellungen über die Zukunft. Eine Antwort auf die im Titel gestellte Frage, ob es sich bei der Vereinigung um einen Irrweg oder eine Alternative handelte, kann das Buch nicht erteilen. Die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit einer historischen Alternative wurde weder im Osten noch im Westen genutzt. Das lag aber weniger am Vereinigungsprozeß, auch nicht an den unterschiedlichen Mängeln und ausdrücklichen Störungen, mit denen er verbunden war, sondern an den Bedingungen des jahrzehntelang betriebenen Kalten Krieges, den Ambitionen, Unterlassungen und im Widerspruch zu den Motiven des Vereinigungsprozesses selbst wie der 1945/46 vorherrschenden Stimmungslage und Hoffnungen stehenden Haltung deutscher Politiker.

Heute kann man nur spekulieren, wie sich eine gesamtdeutsche Vereinigung von SPD und KPD ausgewirkt hätte. Sie hätte bestimmt eine andere Entwicklung in Deutschland, wohl auch in Europa gefördert.

STEFAN DOERNBERG

Siegfried F. Franke:
 (IR)RATIONALE POLITIK?
 Grundzüge und politische
 Anwendungen der »Ökonomischen
 Theorie der Politik«,
 Metropolis-Verlag Marburg 1996,
 151 S. (28,00 DM)

Das als kurze Einführung in die »Ökonomische Theorie der Politik« angelegte Buch von Franke wendet sich ausdrücklich an Studierende wirtschafts- oder politikwissenschaftlicher bzw. juristischer Studienrichtungen,

dürfte aber auch für andere Leserkreise vor allem aus dem breiten Spektrum politischer Bildungsarbeit von einigem Interesse und Nutzen sein. Neben dem klaren, die Erfassung komplizierter Zusammenhänge wesentlich erleichternden Stil, in dem das Buch durchgängig verfaßt ist, besteht ein weiterer Vorzug darin, daß es in einem ausführlichen Literaturverzeichnis dem Leser eine Fülle von weiterführenden Publikationen offeriert.

In dem in vier Teile und ein Ausblick-Kapitel geliederten Buch werden zunächst die Basisannahmen der »Ökonomische Theorie der Politik« – rational Choise als Handlungsprinzip, Mehrparteiensystem, typische Verhaltensmuster von Parteien und Wählern – entwickelt. Der zweite Teil befaßt sich mit der Bedeutung von privaten und politischen Gütern, externen Kosten, der Logik kollektiven Handelns und einer »Gesellschaftlichen Wohlfahrtfunktion«. Daran schließt sich die Erörterung der Mechanismen von Grob- und Feinsteuerung in der Politik an. Im vierten Teil werden schließlich politische Anwendungen untersucht. Neben der aufschlußreichen Darstellung der Handlungs- und Gestaltungsmuster in einzelner Politikfeldern – Steuerpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik und Drogenpolitik (in Schweden) – präsentiert hier Franke außerordentlich interessante Überlegungen zur Zukunft kleinerer Parteien im an sich bipolaren Parteiengefüge der Bundesrepublik.

Die im vorliegenden Buch vorgestellte »Ökonomische Theorie der Politik« befaßt sich genaugenommen nur mit Gesellschaften, in denen die politische Sphäre durch ein Mehrparteiensystem und parlamentarische Konkurrenzdemokratie geprägt ist. Mit ihrer Grundannahme der wirtschaftlichen wie sozialen und auch politischen Dominanz des Eigennutzenkalküls bei den gesellschaftlichen Akteuren erweist sie sich als komplementärer politiktheoretischer Ansatz zur (neo)liberalen Wirtschaftstheorie, in der bekanntlich rationale Ökonomie auch nur als privateigentümlich verfaßte bürgerlich-kapitalistische gedacht wird bzw. gedacht werden kann. Beide Theorien teilen daher nicht nur wesentliche Ausgangspunkte und Instrumente – wie den »rational Choise«-Ansatz oder den »methodologischen Individualismus« –, sondern auch

dieselben Grenzen. Letztere treten bei der Darstellung Frankes zur »Ökonomische Theorie der Politik« vor allem im abschließenden »Ausblick« plastisch hervor, wo die offensichtlichen »Funktionschwächen« parlamentarischer Konkurrenzdemokratie ins Blickfeld gerückt werden. Genau wie die (neo)liberale Wirtschaftstheorie keine sinnvolle Alternative zur eingestandenermaßen mit funktionalen Defiziten behafteten kapitalistischen Marktwirtschaft kennt, kommt die »Ökonomische Theorie der Politik« zu dem Schluß, daß es trotz aller Funktionschwächen »nach allen Erfahrungen keine bessere Möglichkeit der Wertberücksichtigung und der Interessenkoordination auf politischer Ebene gibt« (S. 125) als die parlamentarisch-demokratische Regierungsform. Wenn dem so ist, dann besteht a priori keine Möglichkeit, den grundlegenden Schwächen dieser Regierungsform – die Fixierung der Parlamentarier auf Wiederwahl-trächtige Themen und das darin eingeschlossene weitgehend destruktive Gegeneinander von Regierung und Opposition sowie deren »Folgewirkungen« wie Ämterpatronage und Intransparenz des politischen Entscheidungsprozesses – tatsächlich beizukommen. Zwar verfolgt Franke durchaus einen richtigen Ansatz wenn er feststellt, daß »nachhaltige Korrekturen nötig sind, damit das parlamentarisch-demokratische System den drängenden Problemen der Gegenwart gerecht werden kann« (S. 121), die von ihm zu diesem Zwecke entwickelten »Ansätze zur Verbesserung« befriedigen allem Anschein nach jedoch selbst ihn nicht. »So notwendig sie (die Reformelemente – AH.) auch sein mögen – ihnen ist eigen, daß sie bisherige Strukturen und eingespielte Verfahrensabläufe ändern und damit den beteiligten Akteuren Nachteile und Unbequemlichkeiten bringen« (S. 127). Und nicht nur das, sie berühren auch Herrschaftsinteressen.

ARNDT HOPFMANN